

Kreismitgliederversammlung der DKP München

17.12.2005

Anträge zum Parteiprogramm

Der Entwurf für ein Parteiprogramm der DKP ist als PDF-File zu finden unter:
http://www.dkp-online.de/progdeb/dgl_prog.pdf

A1

Zum Thema Ökologie

1.

In Präambel, 2.Absatz, Zeile 24:

Die Zerstörung der natürlichen Umwelt schreitet voran.

ändern in:

Die Zerstörung der natürlichen Umwelt nimmt katastrophale Formen an.

2.

In „I. Imperialismus heute,, vor „Das Klassenprojekt des Neoliberalismus,, (Zeile 325) ein zusätzliches Kapitel einfügen:

Die Ökologische Katastrophe

Alle Bereiche der belebten Natur sehen sich permanenten, umfassenden Angriffen ausgesetzt, so dass unsere Erde von Katastrophen bedroht ist, die alles Leben bedrohen und möglicher Weise vernichten können. Ursache hierfür ist die ungezügelter Entwicklung der menschlichen Zivilisation unter dem Diktat des neoliberalen Kapitalismus.

Exponentielles Wachstum; Verbrennung von Öl, Kohle, Gas, der Ausstoß von CO₂ werden in wenigen Jahrzehnten zu einem rapiden Anstieg der Temperaturen der Atmosphäre führen, mit vielschichtigen, unkalkulierbaren Folgen. Das Klima verschlechtert sich radikal. Temperaturen und Meeresspiegel steigen. Immer katastrophalere Stürme verwüsten die Küsten. Die Niederschlags-Extrema vergrößern sich. Einerseits nehmen in einigen Zonen die Niederschlagsmengen rapide zu mit der Folge todbringender Überschwemmungen. In anderen Zonen nehmen die Niederschläge radikal ab oder bleiben ganz aus. Die Wüsten der Erde dehnen sich um mehrere tausend Quadratkilometer pro Jahr aus. Ein Drittel des heute weltweit kultivierten Landes wird innerhalb der nächsten 15 Jahre veröden. Das Artensterben schreitet gegenwärtig 100- bis 1000-mal schneller voran als natürlich bedingt. 75 Prozent des Regenwaldes werden 2100 verschwunden sein.

Atomtechnologie wird neben der Bedrohung durch Atomwaffen zur Produktion von Atomstrom angewendet. Jetzt wird die Atomenergie von den Energiekonzernen als „saubere,, Alternative zur Verbrennung von Kohlenwasserstoffen propagiert. Nicht erst seit Tschernobyl und Three Miles Island wissen wir, dass der GAU in einem Atomkraftwerk ganze Kontinente unbewohnbar machen kann. Die Atomtechnologie wird nicht beherrscht. Die Endlagerung von abgebrannten Brennstäben ist nicht gelöst.

Transnationale chemische Konzerne produzieren jährlich 100 Mrd. Tonnen Produkte auf der Basis von Fluor und Chlor und den darin enthaltener Verbindungen wie Dioxinen und FCKWs. Dies und eine Vielzahl anderer chemischer Produkte führt zu einer systematische Vergiftung und chemischen Destabilisierung von Atmosphäre, Land und Meer. Dies begründet u.a. eine Schwächung des menschlichen Immunsystems und damit eine Vielzahl von Krankheiten wie Krebs und Allergien. Die gleichen Folgen rühren aus einer Lebensmittelproduktion, die unter den Bedingungen von Markt und Profit Nahrungsmittel von geringer Qualität produziert.

Das Erbgut wird zum Gegenstand profitgieriger Konzerne. Ohne moralische Skrupel und ohne Kenntnisse komplexen biologischen Wechselwirkungen wird der schnelle Profit mit genmanipulierten Lebensmitteln und menschlichen Ersatzteillagern gesucht.

Ökologische Katastrophen in Kombination mit neoliberaler Politik führen zu einer Zivilisationskrise der gesamten Menschheit.

3.

In „Kommunisten und demokratische Bündnis,,,

Absatz „- Mit der Ökologie-Bewegung ... Ausstieg aus der Atomenergie,, (Zeile 1006 ... 1011)

ersetzen durch:

Mit der Ökologie-Bewegung teilen die Kommunisten die Sorge um die Erhaltung der natürlichen Umwelt. Das kapitalistische Gesellschaftssystem trägt maßgeblich dazu bei, die globalen Lebensgrundlagen in Frage zu stellen. Kommunisten engagieren sich im Widerstand gegen Zerstörung ökologischer Systeme, Beherrschung der Energievorräte durch die Monopole, Verschwendung von Ressourcen, Klimakatastrophe und Risikotechnologien wie Atom- und Gentechnik. Wir treten dafür ein, dass Entscheidungen über Risikotechnologien nur unter breiter demokratischer Beteiligung der Bevölkerung getroffen werden.

Antragsteller: BG Siemens

A2

„Imperialismus heute,,,

Hiermit fordern wir die Streichung des ganzen Absatzes „Transnationales Kontrollregime,, in dem Programmteil „Imperialismus heute,,.

Um unsere Verständnisschwierigkeiten deutlich zu machen, haben wir zu nachstehenden Auszügen aus dem Wortlaut einige Fragen formuliert:

„Mit der Transnationalisierung des Kapitals und im Umfeld internationaler Regulierungseinrichtungen bildet sich eine transnationale Finanzbourgeoisie heraus, die ihre eigenen Interessen verfolgt. Diese stehen nicht nur im Gegensatz zur Arbeiterklasse und zu nichtmonopolistischen Schichten, sondern häufig auch im Widerspruch zu Interessen der nationalen Bourgeoisien bzw. von Konzernen, die den protektionistischen Schutz des Nationalstaates oder eines regionalen Blockes vor der Weltmarktkonkurrenz benötigen.,,

- Wer/was (z. B. Personen, Namen, Einrichtungen) ist „eine sich herausbildende transnationale Finanzbourgeoisie,, welche „eigenen Interessen (außer Profit und Macht) verfolgt sie, worin unterscheiden sie sich von den Interessen der übrigen o. g. Bourgeoisie?
- Ist der folgende Absatz ein Vorschlag oder in der Realität verwirklicht?:
„Für die transnationale Monopolbourgeoisie wird es zu einem objektiven Erfordernis, ein transnationales Kontrollregime zu schaffen, das in der Lage ist, ihre politische Macht auf regionaler und tendenziell auf globaler Ebene zu konsolidieren. Für sie ist der Aufbau einer Gewaltmaschine zur Sicherung ihrer Herrschaft, zur Bändigung der ungeheueren Krisenpotentiale der kapitalistischen Weltwirtschaft und zur Regulierung zwischenimperialistischer Widersprüche unverzichtbar.,,
- Worin besteht der Unterschied zwischen „transnationaler Finanz- und transnationaler Monopolbourgeoisie,,?
- Was ist und worin besteht „ein transnationales Kontrollregime,, zur „Konsolidierung,, der Macht der „transnationalen Monopolbourgeoisie,, auf regionaler Ebene und im Weltmaßstab, wo und in welcher Form finden wir es?
- Was haben wir als Kommunisten unter Aufbau einer Gewaltmaschine zur Sicherung von Herrschaft zu verstehen?

Der Staat ist eine Gewaltmaschine zur Unterdrückung der einen durch die andere Klasse, in unserem Fall der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie. Das wissen wir durch Marx, Engels und Lenin. Mit obiger Formulierung wird aber auf die „Gewaltmaschine,, einer „transnationalen Monopolbourgeoisie,, und nicht auf die „Gewaltmaschine,, bürgerlicher Staat bzw. die „Gewaltmaschinen,, einzelner imperialistischer Staaten hingewiesen.

- Krisen gehören zu den objektiven, vom Willen der Kapitalisten unabhängigen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems. Davon ausgehend stellt sich die Frage, wie sollen die „ungeheuren Krisenpotentiale der kapitalistischen Weltwirtschaft,“ durch eine „Gewaltmaschine,“ gebändigt werden?
- Auf welche Art soll eine „Gewaltmaschine,“ der „transnationalen Monopolbourgeoisie,“ zwischenimperialistische Widersprüche regulieren? Aus der Geschichte kennen wir diese Art von Regulierung. Gegebenenfalls als Krieg zwischen imperialistischen Staaten z. B. zur Neuaufteilung der Welt o. a. Ist das mit Regulierung gemeint?

Antragsteller: Betriebsaktiv

A3

„Imperialismus heute“ und „Der deutsche Imperialismus“

Der Parteitag möge beschließen, dass die Abschnitte „Imperialismus heute,“ und „Der deutsche Imperialismus,“ im Wesentlichen unverändert in das Parteiprogramm übernommen werden.

Begründung:

Angesichts der fortschreitenden Globalisierung wäre es zwar angebracht, die globalen Strukturen des heutigen Kapitalismus konsequenter herauszuarbeiten, weil diese die Ökonomie, die Politik der Nationalstaaten und die Klassenkampfbedingungen maßgeblich prägen.

Angesichts der Debatte und der Meinungsverschiedenheiten in der Partei zu dieser Frage halten wir es jedoch für notwendig – und politisch akzeptabel – Kompromisse in der vorliegenden Form zu suchen, um die Einheit der Partei nicht zu gefährden.

Antragsteller: BG Siemens

A4

Abschnitt: „Bedeutung der Arbeit“

Der Absatz „Bedeutung der Arbeit“ wird ersetzt durch folgende Formulierung bis zu dem Satz: Die Arbeit ist neben der Natur....usw.

Arbeit ist die Lebensäußerung, die Lebenstätigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter, des Menschen. Unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems ist sie Lohnarbeit und die Arbeitskraft eine Ware wie jede andere. Die persönliche Würde des einzelnen löst sich hierbei in den Tauschwert seiner Arbeitskraft auf. Sie ist die einzige Erwerbsquelle der Lohnabhängigen. Um ihre Existenz als Lohnarbeiter zu sichern, sind sie gezwungen, dem Kapital ihre Arbeitskraft täglich anzubieten und zu verkaufen.

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ (Marx, Kommunistisches Manifest)

Die Arbeit als Lebenstätigkeit der Arbeiterklasse im Kapitalismus wird damit unabhängig von Berufswünschen oder „Liebe zum Beruf“ zu einem Opfer des Lebens um Existenz und Fortpflanzung zu sichern. Die Produkte, Waren die die Arbeiterinnen und Arbeiter herstellen sind daher auch nicht der Zweck ihrer Tätigkeit. Sie gehören dem Kapital. Was sie für sich selber produzieren ist der Preis für die Ware Arbeitskraft, der Arbeitslohn, der aufgeht in Lebensmittel, Kleidung u. a.

Seit dem die Arbeitskraft als Ware wie jede andere gehandelt wird und der freien Konkurrenz der Arbeiterinnen und Arbeiter untereinander unterworfen wurde, gelten für sie die gleichen Bedingungen vom Steigen und Fallen der Warenpreise. Sie muss für das Kapital so billig wie möglich zu kaufen sein. Denn für das Kapital gilt: Der Profit steigt in dem Verhältnis wie der Arbeitslohn sinkt und umgekehrt. Entsprechend ist es ständiges Bestreben der Kapitalisten die Löhne zu drücken, um den Wert, die Produktionskosten der Ware Arbeitskraft auf das bloße Existenzminimum für die Arbeiterklasse zu senken.

Antragsteller: Betriebsaktiv

A5

Der deutsche Imperialismus

Abschnitt II. Der deutsche Imperialismus (S. 5) soll vollständig ersetzt werden durch folgenden Text

Seit der Einverleibung der DDR ist der deutsche Imperialismus bemüht, die Fesseln, die die Niederlage im zweiten Weltkrieg und v.a. das Potsdamer Abkommen der Anti-Hitler-Koalition ihm auferlegten, abzustreifen und seine alten Großmachtbestrebungen zu realisieren.

Nach 1990 wurde die Drohung mit militärischer Gewalt und Krieg in die Wirklichkeit umgesetzt. Die ökonomische, politische und kulturelle Durchdringung fremder Staaten wird militärisch gestützt und abgesichert, wie es insbesondere bei dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien sichtbar wurde. Die Bestrebung des deutschen Monopolkapitals ist die Vorherrschaft nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Osteuropa - Ziele der deutschen Außenpolitik, die schon im Kaiserreich und während des Faschismus verfolgt wurden. Ein anderes Ziel der deutschen Machteliten ist der Nahe Osten. Im Kaiserreich sollte er über die Bagdadbahn erschlossen werden, heute über die Einbindung der Türkei in die EU.

Die neue militärische Rolle Deutschlands soll das Gewicht des deutschen Imperialismus auch gegenüber den andern imperialistischen Konkurrenten deutlich erhöhen. So werden deutsche Truppen auch in Afghanistan, am Horn von Afrika u.a. Staaten eingesetzt. Um militärisch aufzuschließen, treibt Deutschland die Aufrüstung der EU-Armee und der Bundeswehr massiv voran .

Über die Frage, wie ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen im Ausland am besten zu verwirklichen sind, gibt es in der Monopolbourgeoisie und bei ihren politischen Interessenvertretern Meinungsunterschiede. Noch ist der deutsche Imperialismus nicht stark genug, seine Ziele im offenen Konflikt mit dem US-Imperialismus durchsetzen zu können, und bei der Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Ländern zieht er mit ihm an einem Strang. Er wird dieses Bündnis deshalb auf absehbare Zeit nicht prinzipiell in Frage stellen. Aber er unternimmt alles, allein oder gemeinsam mit seinen europäischen Partnern, die Welt zu seinen Gunsten neu aufzuteilen und neue Einflussphären zu gewinnen. Durch die Konkurrenz der Imperialisten untereinander steigt insgesamt die Kriegsgefahr.

Der gesteigerten Aggressivität des deutschen Imperialismus nach außen folgt notwendig die Aggression nach innen: der staatliche Unterdrückungsapparat wird ausgebaut, die demokratischen, tariflichen und sozialen Rechte abgebaut. Die ersten Maßnahmen des Sozialabbaus begannen schon nach Ende der Rekonstruktionsphase der BRD Mitte der 70er Jahre, aber der Dambruch erfolgte auch in dieser Frage erst 1989/90.

Die DDR wurde im Zuge einer beispiellosen Restaurationspolitik von den Monopolen ausgeplündert und ihrer industriellen Basis beraubt.

In der BRD waren bereits nach 1945 die alten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse restauriert und mit der Gründung der Bundeswehr und dem Eintritt in die NATO auch militärisch abgesichert worden.

Das Kräfteverhältnis im internationalen Klassenkampf , ausgedrückt durch die Existenz des sozialistischen Lagers, stärkte die Arbeiterbewegung in der BRD. Die Gewerkschaften erkämpften mit dieser Unterstützung bedeutende soziale Errungenschaften und Zugeständnisse von Seiten des Kapitals.

Der Reformismus konnte vor diesem Hintergrund die politische und ideologische Hegemonie in der westdeutschen Arbeiterbewegung erringen. Die Klassenzusammenarbeit, die Ideologie der „Sozialpartnerschaft,,“ entwaffnete zugleich die Arbeiterklasse und führte dazu, dass heute dem Kapital kein ernst zu nehmender Gegner mehr gegenübersteht und nur Teile der Klasse gegen seine Angriffe wenige verzweifelte Abwehrkämpfe führen.

Heute sind für die Verteidigung von in der Vergangenheit erkämpften Errungenschaften härteste Kämpfe notwendig. Unter dem aktuellen Kräfteverhältnis hält es das Kapital nicht für nötig, Zugeständnisse zu machen, sondern sieht die Zeit für gekommen an, die Arbeiterbewegung entscheidend zu schwächen. Begünstigt durch die immer größer werdende industrielle Reservearmee der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter setzen die Unternehmer an, den bereits durchlöchernten Flächentarifvertrag zu beseitigen, die Reallöhne zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern.

Die Monopole ordnen sich den Staat mehr und mehr unter: sie fordern die weitere Demontage der sozialen Sicherungssysteme mit dem Ziel ihrer gänzlichen Privatisierung. Der soziale und gesetzliche Schutz der Arbeitskraft wird abgebaut. Die Reprivatisierung des öffentlichen Eigentums wird zügig vorangetrieben, Bildungseinrichtungen laufend verschlechtert. Der von der Arbeiterklasse geschaffene Reichtum wird in immer größerem Umfang zugunsten des Kapitals umverteilt. Die Aufgaben des Staats sollen so weit wie möglich auf den Unterdrückungs- und Gewaltapparat – Militär, Polizei, Justiz, Gefängnis - zurückgeführt werden.

Selbst antinational bis auf die Knochen – das Kapital kennt keine Grenzen – soll der Nationalstaat die Wettbewerbsbedingungen für die Monopole verbessern und als Türöffner für die Kapitalinteressen im Ausland fungieren, auch mit militärischen Mitteln. Das Kapital ist der Unterdrücker der Nation, aber es braucht das Gift des Nationalismus, um die Bevölkerung seinen Zielen willfährig zu machen. Deshalb haben die Monopole auch eine nationalstaatliche Anbindung.

Während das Asylrecht faktisch beseitigt wurde und die demokratischen Rechte unter dem Vorwand der Terror-Bekämpfung abgebaut werden, fördert der Staat Neofaschismus, Rassismus und rechte Schlägerbanden. Das zeigt, dass die reaktionärsten Kreise der herrschenden Klasse sich auch wieder die Möglichkeit einer terroristischen Diktatur offen halten wollen.

Es bleibt die Aufgabe der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Menschen, diese reaktionäre Politik, die sich gegen den Frieden und die sozialen und demokratischen Rechte der Bevölkerung wendet, zu bekämpfen und der herrschenden Klasse in den Arm zu fallen.

Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten zeigt der Imperialismus immer offener seine unmenschliche Fratze und seine Verlogenheit, die hinter Behauptungen steht, dass dieses System von Ausbeutung und Unterdrückung in der Lage oder gewillt sei, auch nur ein einziges Problem der Menschheit zu lösen, geschweige denn, den Werktätigen die Zukunft zu sichern. Im Gegenteil. Die Widersprüche zwischen Arm und Reich verschärfen sich auf der ganzen Welt. Zugleich schreitet die Konzentration des Kapitals weiter voran und damit die Vergesellschaftung der Produktion: die neue Gesellschaft reift im Schoß der alten heran. Der Sozialismus ist notwendiger denn je und er ist möglich.

Antragsteller: Betriebsaktiv

A6

Das sozialistische Ziel

Im 2. Absatz hätten wir gerne folgende Einfügung:

„Der Sozialismus überwindet allmählich die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen....“

Zwei Sätze danach könnte man die „Werte des Sozialismus,“ wie folgt hervorheben:

Immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen in Übereinstimmung mit den Werten des Sozialismus:

- Schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen
- Ein selbstbestimmtes und selbstgestaltetes würdiges Leben für alle Menschen in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität
- Soziale Sicherheit und Wohlstand.

Das ist der Sinn des Sozialismus.

Der bisherige 5. Absatz, beginnend mit „Die DKP sieht ihre Aufgabe....“

sollte erstens mit einer Zwischenüberschrift versehen werden, z.B. „Die Aufgaben der DKP“, und zugleich verschoben werden hinter den 7. Absatz, der wie folgt endet: „...die den Durchbruch zur neuen Gesellschaft erkämpfen muß.“

Hier paßt es besser rein.

Antragsteller: Gruppe München-Neuhausen

A7

Das sozialistische Ziel

Zeilen 560 – 571 bleiben unverändert wie folgt:

Ziel der Deutschen Kommunistischen Partei ist der Sozialismus. Er bildet die grundlegende Alternative zum Kapitalismus, den Bruch mit der Geschichte der Ausbeutersysteme. Als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist der Sozialismus zugleich eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, jener Gesellschaft in der es keine Klassen mehr gibt; in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft erstes Lebensbedürfnis geworden ist; in der die vergesellschaftete Produktion und die allseitige Entwicklung der Menschen einen solchen Stand erreicht haben, dass der Grundsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten – Jedem nach seinen Bedürfnissen“, in die Tat umgesetzt werden kann. „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätze tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, („Manifest der Kommunistischen Partei,). Der Übergang zum Kommunismus wird in einem langen geschichtlichen Prozess durch den Aufbau des Sozialismus vorbereitet.

ab Zeile 572 weiter wie folgt:

Der Sozialismus kann unserer Meinung nach nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tiefgreifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen erreicht werden. Auf diesem Weg kommt der Arbeiterklasse aufgrund ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen eine entscheidende Bedeutung zu. Nur wenn es gelingt, sie in ihrer großen Mehrheit von der Notwendigkeit dieser Entwicklung zu überzeugen und dafür zu aktivieren, kann sie auch zum Magneten für die notwendige Einbeziehung anderer werktätiger Klassen und Schichten werden. Die DKP geht davon aus, dass der Sozialismus das gemeinsame Werk von Menschen unterschiedlicher Herkunft sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren weltanschauliche und politische Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden. Unverzichtbare weltanschauliche Grundlage für die sozialistische Zielsetzung der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, die von Marx Engels und Lenin begründete Theorie. Andere Zugänge können aus christlichen oder allgemein humanistischen Überzeugungen, aus feministischen, pazifistischen, aus antirassistischen oder ökologischen Motiven erwachsen.

Der Übergang zum Sozialismus kann nur als gemeinsames Projekt dieser Kräfte und als Ergebnis des Handelns von Millionen Menschen erfolgen. Sie ist somit ein Ausdruck tiefer Demokratie, denn die sozialistische Revolution kann überhaupt nur realisiert werden, wenn die Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt ist, dass die sozialistische Umwälzung den bestehenden demokratischen Rechten und Freiheiten durch die Überwindung des Kapitals zusätzliche demokratische Freiheiten erwirken, die Demokratie entscheidend vergrößert und vertieft wird.

Der Beginn der sozialistischen Umwälzung kann keineswegs durch einen Putsch erfolgen, sondern Staat und Gesellschaft müssen von innen heraus auf revolutionäre Weise umgewälzt werden. Die Eroberung der zentralen Staatsmacht reicht hierzu nicht aus, sondern es muss die Mehrheit der Menschen gewonnen werden, um so die ganze Gesellschaft revolutionär umzugestalten und eine neue demokratische Volksmacht aufzubauen.

Dieser politische Durchbruch wird ermöglicht und stabilisiert in dem Maße als sich die Arbeiterklasse als Repräsentant der gesamten Gesellschaft verankert, die führende Rolle in der Gesellschaft erringt. Das Feld dieser Auseinandersetzung ist die „Zivile Gesellschaft,“, jener Bereich zwischen Ökonomie und Staat, in der das Einverständnis der Menschen mit den sozialen, kulturellen und politischen Verhältnissen hergestellt wird. Auch der Sozialismus braucht diese Sphäre in der Gesellschaft, die im heutigen Kapitalismus zu einem hocheffektiven

Teil des Herrschaftssystems geworden ist. Der Kampf vor und nach der politischen Revolution ist durch den Kampf um die Hegemonie verbunden. Die politische Revolution selbst kann vielfältige Formen annehmen; sie wird nur dauerhaft sein, wenn die Entmachtung der Bourgeoisie und die Entwicklung neuer Formen der Volksmacht im revolutionären Prozess zunehmend mit der Herausbildung einer sozialistischen Zivilgesellschaft einhergehen. Außerdem, und dies ist der wesentliche Aspekt, hat die weltweite Erfahrung beim Aufbau des Sozialismus klar gemacht, dass die sozialistische Macht demokratisch sein muss. In ihrem partizipativen demokratischen Charakter, und nicht in der puren Fähigkeit etwas zu erzwingen, liegt für die revolutionäre Macht die Garantie, auch angesichts einer sich restaurierenden Konterrevolution zu überleben. In ihrem demokratischen und partizipativen Charakter liegt auch die Garantie für ökonomische Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Emanzipation. Demokratie ist ein struktureller Bestandteil des künftigen Sozialismus. Sozialistische Demokratie muss die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie positiv in sich aufheben und sie auf dem Boden der sozialistischen Eigentumsverhältnisse mit qualitativ neuen demokratischen Rechten und Freiheiten auf eine höhere Stufe heben.

Der Sozialismus bricht grundlegend mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die auf Erzielung maximalen Profits durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und den verschwenderischen Umgang mit den Naturressourcen gerichtet ist. Während alle Revolutionen vor der sozialistischen nur eine Form der Ausbeutung durch eine andere ersetzt haben, wird mit der Umwälzung zum Sozialismus erstmals in der menschlichen Geschichte die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft. Im Sozialismus befriedigen die Menschen ihre materiellen und kulturellen Bedürfnisse durch eine hohe Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit. Auf der Grundlage gesellschaftlicher Planung und Leitung wenden sie eine neue, die natürlichen Reichtümer bewahrende Wirtschaftsweise an. Im Sozialismus muss zu einem neuen Typ der Wirtschaftsentwicklung übergegangen werden, der ohne materiell-stoffliches Wachstum eine Verbesserung der Lebensqualität, die Verwirklichung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit in Würde und soziale Sicherheit ermöglicht.

Nach und nach werden immer weitere Bereiche durch gemeinschaftliche Tätigkeit statt durch die privatwirtschaftlichen Marktgesetze geprägt. Bislang in den individuellen Bereich abgedrängte reproduktive Tätigkeiten (Hausarbeit) können wieder gesellschaftlich ausgeübt werden – die Grenzen zwischen gesellschaftlicher Produktion und individueller Reproduktion werden aufhebbar. Von Anfang an werden gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, menschenwürdiges Wohnen, gesunde Nahrung, Kleidung und Bildung garantiert sein.

Werden die gesellschaftlichen Ziele in einem demokratischen Prozess erarbeitet, dann kann auch herausgefunden werden, wie viel Plan und wie viel Markt benötigt werden, um diese Ziele zu erreichen. Der zentrale, demokratisch bestimmte Plan ist das entscheidende Instrument sozialistischer Ökonomie. Im Plan werden allerdings nur die Grundproportionen und Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und technologischen Orientierung bestimmt. In der Kombination von Plan und Markt, von makro- und mikroökonomischen Anreizen müssen Regulierungsmechanismen wirken, die zu einem effizienten Umgang mit der gesellschaftlichen Arbeitszeit führen und den technologischen Fortschritt zur Produktivitätssteigerung und Ressourceneinsparung fördern. Zur Messung der Effizienz müssen die Betriebe in einem unmittelbaren Kontakt zu den Abnehmern stehen. Innerhalb der Betriebe müssen die Produzenten umfassende Mitbestimmungsmöglichkeiten ausüben können, damit sie nicht zum Objekt fremder Entscheidungen werden bzw. die Konsequenzen fremder Entscheidungen tragen müssen. Auf diese Weise kann die Marktregulierung zur Erreichung der gemeinschaftlich geplanten Ziele eingesetzt und als Element des Planungsprozesses integriert werden.

Über einen langen Zeitraum wird der Sozialismus eine gemischte Wirtschaft zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele nutzen. Bei den entscheidenden Produktionsmitteln, den Großkonzernen und Banken, wird das private Eigentum gebrochen sein. Daneben wird genossenschaftliches und privates Eigentum an Produktionsmittel existieren. Die Herausbildung sozialistischen Eigentums und der Übergang zu einer sozialistischen Produktionsweise wird wahrscheinlich nur in einem langwierigen, komplexen gesellschaftlichen Prozess erfolgen können. Wie der künftige Sozialismus im Einzelnen aussehen wird, kann heute nicht vorhergesagt werden. Vieles hängt ab von den jeweiligen Ausgangsbedingungen, vom weiteren geschichtlichen Verlauf, von den sich ständig wandelnden ökonomischen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen, vom Widerstand der alten herrschenden Klassen sowie vom Wollen und Handeln derjenigen, die den Durchbruch zur neuen Gesellschaft erkämpfen werden.

Die DKP sieht die Aufgabe der kommunistischen Partei im Sozialismus darin, im Wettstreit mit anderen politischen Kräften um die besten politischen Ideen und Initiativen immer aufs Neue das Vertrauen des arbeitenden Volkes und maßgeblichen Einfluss zu erringen. Sie muss vor allem die progressiven gesellschaftlichen Tendenzen fördern, strategische Orientierungen für die weitere Gestaltung des Sozialismus erarbeiten und bemüht sein, dafür Mehrheiten zu gewinnen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, sozialistisches Bewusstsein in den Massen zu entwickeln, deren Selbstorganisation zu fördern, sie für das selbständige, initiativreiche Wirken beim Aufbau

des Sozialismus zu gewinnen und für dessen Verteidigung gegen alle Versuche zu mobilisieren, den Kapitalismus wiederherzustellen. Bewältigt eine Partei diese Aufgabe, dann ist sie im besten Sinne Avantgardepartei; eine Rolle die nur erarbeitet, aber nicht verordnet werden kann.

Angesichts der inzwischen dominierenden Globalisierung und der Integrationsprozesse im Rahmen der EU geht die DKP davon aus, dass einzelne Länder kaum aus dem ökonomisch, politisch und militärisch vernetzten System des internationalisierten Kapitalismus ausbrechen können. Ein Durchbruch zum Sozialismus ist mit großer Wahrscheinlichkeit nur im Zusammenwirken mit gleichgerichteten Kämpfen in unseren Nachbarländern und anderen Teilen der Welt möglich.

Der Sozialismus wird im Verhältnis zum globalisierten Kapitalismus nur dann eine höhere Zivilisation sein, wenn er ein Produktions- und Konsumtionsmodell entwickelt, das für die gesamte Menschheit verallgemeinerbar ist und wenn er ebenfalls global ist und in dieser Dimension die Ungleichheiten korrigiert, die der globale Kapitalismus verursacht hat. Der Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab wird sich daher mit Notwendigkeit über einen sehr langen Übergangsprozess vollziehen.

Antragsteller: Betriebsgruppe Siemens

A8

Die Erfahrungen des realen Sozialismus

Im 8. Absatz unter der Überschrift „Die Erfahrungen des realen Sozialismus,“ schlagen wir folgende Einfügung vor:

„...Partei und Staat verschmolzen mehr und mehr zu einem administrativ-bürokratischen und selbstherrlichen Apparat.....,“

Der 12. Und 13. Absatz gefallen uns überhaupt nicht. Vor allem die Aussage „dogmatische Erstarrungen,“ müsste konkretisiert und damit verständlich gemacht werden.

Und: wie hätten „immer neue revolutionäre Entwicklungsschritte,“ aussehen können?

Der letzte Absatz müsste u.E. gründlich überarbeitet und ggf. neu formuliert werden. Die Aneinanderreihung macht den Satz viel zu lang und stellt Ungleiches nebeneinander.

So finden wir den Ausdruck „Aggression Hitlerdeutschlands,“ nicht angebracht; Aggression kann alles mögliche sein! Hier sollte richtigerweise vom „Angriffskrieg Hitlerdeutschlands mit 20 Millionen Toten,“ gesprochen werden.

Im letzten Satz sollte „....unter inneren und äußeren Einflüssen....,“ weggelassen werden, wenn nicht erläutert wird, was wir damit meinen.

Antragsteller: Gruppe Neuhausen

A9

Die Erfahrungen des realen Sozialismus

Kraftquell jeder kommunistischen Partei vor, während u. nach der Revolution ist die enge Verbindung mit den Arbeitenden. Diese wird fester oder lockerer, je nachdem ob die Politik als richtig, zukunftsweisend und deshalb als gerecht verstanden wird, oder eben nicht. Dieses gegenseitige Vertrauen entsteht und stabilisiert sich, wenn die Massenstimmungen erkennbar Berücksichtigung in der Politik finden, die Einflussnahme der Partei also in beiden Richtungen funktioniert. Es findet seinen materiellen Ausdruck in der fortschreitenden Delegation von Verantwortung und Kontrolle an die Produzenten. Dies wird zweifellos zu neuen Formen und Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft führen.

Begründung.

Die im Entwurf richtig beschriebene wachsende Erstarrung der realsozialistischen Gesellschaften, die Entstehung eines administrativ-bürokratischen Apparates, der mit Weisungen statt diskursiv arbeitete und Abweichungen ignorierte oder bekämpfte, müssen auf ihre strukturellen Ursachen hin untersucht werden, wenn wir diese Selbstfesselung der wichtigsten Produktivkraft Mensch künftig vermeiden wollen.

Diese liegen in der prinzipiellen Verneinung von möglichen Parallelmeinungen, in einer deterministischen Herangehensweise, die keine Entscheidungsbandbreite erlaubt und andere Ansichten nur als Umweg oder feindlich begreift.

Neben so einer Machtkonzentration ist dann kein Raum für eine unvoreingenommene Clearingstelle, die Nichtkonformität legalisiert und den Ausgleich auseinander laufender Interessen betreibt.

Antragsteller: Gruppe Ost

A10

Die Erfahrungen des realen Sozialismus

Aus Gründen der Lesbarkeit ist im Folgenden das ganze Kapitel einschließlich der unveränderten Textstellen aufgeführt.

Zeilen 642 – 690 wie folgt unverändert,

allerdings nach „ .. die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.,“ (Zeile 674) eine Zwischenüberschrift einfügen

Zeile 642: Die Erfahrungen des realen Sozialismus

Künftige sozialistische Gesellschaften werden sich in vielem von denen unterscheiden, die im 20. Jahrhundert in Europa aufgebaut wurden, weil die historischen Voraussetzungen andere sein werden. Die positiven wie die negativen Erfahrungen, die in der Entwicklung des realen Sozialismus gewonnen wurden, stellen jedoch einen riesigen Schatz an Erkenntnissen dar, der für die Zukunft nutzbar gemacht werden muss.

Mit der Oktoberrevolution 1917 in Russland wurde der Aufbau eines sozialistischen Gesellschaftssystems begonnen. Sie gab der Menschheit das Signal zum Aufbruch in eine neue Epoche. Unter ungünstigsten Ausgangsbedingungen wurden in der Sowjetunion und später in weiteren sozialistischen Staaten großartige Leistungen vollbracht.

Die sozialistischen Gesellschaften haben über Jahrzehnte hinweg bewiesen, dass eine Produktion ohne Kapitalisten, jenseits des Profitprinzips und nach einem gesellschaftlichen Plan möglich ist. Sie haben der Aggressivität des Imperialismus Fesseln angelegt. Vom „Dekret über den Frieden,, dem ersten Dekret der Sowjetmacht 1917, über den entscheidenden Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über den Hitlerfaschismus, bis zu den Abrüstungsinitiativen der Warschauer Vertragsstaaten reicht die lange Kette der Friedenspolitik des Sozialismus. Zu seinen historischen Leistungen gehört die solidarische Unterstützung der Völker im Kampf um nationale Unabhängigkeit, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus.

Der Sozialismus hat soziale Errungenschaften durchgesetzt, die selbst in den reichsten imperialistischen Staaten nicht erreicht wurden: Obdach- und Arbeitslosigkeit wurden überwunden, es gab gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle, eine entwickelte Erwerbstätigkeit der Frauen, kostenlose Gesundheitsversorgung und eine hoch entwickelte, für die Massen zugängliche Kultur. Das Leben war geprägt durch soziale Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft.

Die Existenz des Sozialismus und seine Errungenschaften haben zugleich die Bedingungen für den Kampf um soziale und demokratische Reformen in den entwickelten kapitalistischen Ländern wesentlich verbessert. Die Bourgeoisie und ihre Regierungen waren durch die Systemkonfrontation zu bedeutenden Zugeständnissen gezwungen. Das galt besonders für die Herrschenden in der Bundesrepublik.

Die Deutsche Demokratische Republik hat der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt. Vier Jahrzehnte lang war in einem Teil Deutschlands die Herrschaft der Monopole und Banken beseitigt. Der Arbeiter- und Bauernstaat stand für Frieden, Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit. Die DDR, die sozialistische Alternative zum deutschen Imperialismus, war die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

neue Zeile „**Die Ursachen der Niederlage,**“

Trotz seiner wahrhaft historischen Leistungen hat der Sozialismus in Europa eine Niederlage erlitten. Dafür gibt es innere und äußere, ökonomische und politische, objektive und subjektive Ursachen.

Dazu gehören die äußerst schwierigen Ausgangsbedingungen. Die Revolution siegte zunächst in Russland, in einem wirtschaftlich schwach entwickelten Land ohne bürgerlich-demokratische Traditionen, mit einer überwiegend bäuerlichen, in ihrer großen Mehrheit aus Analphabeten bestehenden Bevölkerung. Diese Rückständigkeit sowie die dauernde äußere Bedrohung durch die imperialistischen Mächte machten es unerlässlich, in kurzer Frist durch die Zentralisierung aller Kräfte eine moderne Industrie aus dem Boden zu stampfen und eine kulturelle Revolution in Angriff zu nehmen. Die führende Rolle der Arbeiterklasse musste unter diesen Bedingungen zunächst weitgehend stellvertretend durch die kommunistische Partei übernommen werden.

Dies wurde allerdings auch dann noch beibehalten, als sich im Ergebnis der Industrialisierung und der Kulturrevolution die Bedingungen verändert hatten. Partei und Staat verschmolzen mehr und mehr zu einem administrativ-bürokratischen Apparat. An die Stelle wirklicher Vergesellschaftung trat mehr und mehr bloße Verstaatlichung.

Ende des unverändert übernommenen Teils

Zeilen 691 – 716: „Durch die staatliche Durchdringung ..bis ... immer neue revolutionäre Entwicklungsschübe zu geben.,“ streichen und ersetzen durch:

Obwohl von wichtigen sozialistischen Prinzipien abgegangen wurde, konnten mit diesem Typ des Sozialismus zunächst bedeutende wirtschaftliche Erfolge erreicht werden. Später war es jedoch auf Grund der Deformationen nicht möglich, die qualitativ neuen Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution rechtzeitig zu erfassen und flexibel darauf zu reagieren. Die Folge war, dass die sozialistischen Länder in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des materiellen Lebensstandards immer weiter hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurückblieben.

Durch mangelnde Demokratie und fehlende Eigentümerinteressen, den Mangel an Dezentralisierung, Verstaatlichung der Wirtschaftsplanung und ungenügende Mechanismen zur Bestimmung des Wertes und zur Stimulierung der Produktivkraftentwicklung erstarrte die sozialistische Planwirtschaft. Damit verbunden war die Entfrem-

derung des sozialistischen Eigentums für die arbeitenden Menschen. Auf dem kapitalistisch beherrschten Weltmarkt diktierten die Transnationalen Konzerne die Konkurrenzbedingungen und beeinflussten damit die Entwicklungsrichtung des Sozialismus. Verschärft wurde dies durch die wachsende Desintegration des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe GW.

Der Sozialismus entwickelte keine ihm angemessene Struktur von Bedürfnissen. Aus dem Nachahmen und teilweisem Kopieren des Kapitalismus entstand im Massenbewusstsein der Menschen - verstärkt durch die weltweite Hegemonie imperialistischer Meinungsbildung - der fast zwanghafte Wunsch, "so zu leben, wie im Westen". Es wurde versäumt, im Zusammenhang mit der Ökologiefrage und der Unterentwicklung eine offensive Auseinandersetzung mit dem "american way of life" zu entwickeln, und diesem Modell ein Gesellschaftskonzept des Sozialismus entgegenzusetzen, dessen Verallgemeinerung im Weltmaßstab nicht zum ökologischen Kollaps führen würde. Es ist den sozialistischen Ländern nicht gelungen, einen dem Sozialismus entsprechenden neuen Typ der Produktivkraftentwicklung zu schaffen.

Die tiefsten Ursachen für die Niederlage des Sozialismus und die damit verbundene Krise der kommunistischen Bewegung sehen wir in den Fehlentwicklungen, die sich unter der Führung Stalins herausgebildet hatten.

Begünstigt durch die äußere Bedrohungssituation setzten sich seit 1934 die Kräfte um Stalin vollständig durch, die den Ausnahmezustand eines revolutionären Übergangs in einem rückständigen Land unter den Bedingungen des Bürgerkrieges und der internationalen Isolierung als Dauerzustand gerechtfertigten. Die Verstaatlichung wurde auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt. Den Widersprüchen innerhalb der neuen Ordnung wurde mit Massenrepressalien bis hin zum Massenterror begegnet. An die Stelle der ideologischen Debatte und des Ringens um ökonomische, soziale und politische Alternativen trat der Terror gegen alle tatsächlichen und vermeintlichen Opponenten, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Repressionsorgane verselbstständigten sich zu einem Apparat der Herrschaftssicherung, der keinerlei Kontrolle unterworfen war. Sozialistische Rechtsstaatlichkeit wurde auf das Größte missachtet. Dies alles lähmte die zur gesellschaftlichen Entwicklung unverzichtbare kritische Diskussion. Die Partei selbst wurde geschwächt und deformiert; das Ansehen des Sozialismus nachhaltig beschädigt.

Der 20. Parteitag der KPdSU brach 1956 zwar mit dem Personenkult um Stalin, mit den Verbrechen und dem Terror. Die Strukturen und Verhaltensweisen, die zu diesen Deformationen des Sozialismus geführt hatten, blieben aber erhalten. Dies wirkte bis in die Schlussphase der sozialistischen Staaten Osteuropas.

Politische Macht wurde auf die Eroberung und Verteidigung der Staatsmacht reduziert. Der Sozialismus sollte mittels der Allmacht eines sozialistischen Staates durchgesetzt werden. Durch die Verstaatlichung des gesamten gesellschaftlichen Lebens gab es keine Mechanismen zur Konsensbildung unterschiedlicher sozialer und politischer Interessen. Durch die Ablehnung von Gewaltentrennung im Staate fehlten Institutionen der demokratischen Kontrolle der Machtausübung. Die ungenügende Entwicklung einer sozialistischen Demokratie und das Fehlen einer sozialistischen „Zivilgesellschaft“, wurden in den letzten Jahren der Existenz der sozialistischen Länder zu einem immer schwerwiegenderen Hemmnis für eine dynamische Entwicklung. Dadurch wurde der sozialistische Staat zur Staatsgewalt, ohne dass die Klasse, der dieser Staat zur Herrschaft verhelfen sollte, eine führende Rolle in der Gesellschaft ausübte. Der sozialistische Staat konnte sich durch den Ausbau der staatlichen Gewalt eine Zeitlang als herrschende Macht behaupten. Er entfremdete sich aber zunehmend von der Gesellschaft und der sie tragenden Klassen. Durch den Ausbau des Gewaltapparats konnte diese grundlegende Krise jahrzehntelang verdeckt, aber nicht gelöst werden. Das Resultat war die vollkommene Unterhöhnung der politischen Ordnung, die schließlich widerstandslos zusammenbrach.

In Gestalt des „Marxismus-Leninismus“, hatte Stalin ein dogmatisches Theorieverständnis durchgesetzt, das zur Erstarrung der Theorie im Verhältnis zur sich ständig verändernden Realität führte. Das Interpretationsmonopol über die Theorie des Marxismus-Leninismus lag bei Stalin und den späteren Parteiführungen. Diese instrumentalisierte die marxistische Theorie zur Rechtfertigung der jeweiligen Politik mit ihren pragmatischen Wendungen, anstatt sie zur kritischen Analyse der Erfahrungen, Aktivitäten und Ergebnisse der eigenen Politik zu nutzen.

So trat in den osteuropäischen, sozialistischen Ländern an die Stelle einer wirklich führenden Partei, die sich im gesellschaftlichen Wettstreit der Meinungen als überlegen erweist und so um die gesellschaftliche Hegemonie kämpft, eine Partei, deren Führungsrolle sich zunehmend über die Staatsmacht behauptete. Die führende Rolle der Partei wurde nicht in der ideologisch-politischen Auseinandersetzung unter Beweis gestellt, sondern auf administrativem Weg durchgesetzt. Die Kommunisten verloren die Fähigkeit, konkret die Partei der revolutionä-

ren Volksmacht und Vorkämpfer einer neuen Gesellschaft zu sein. Die Ansätze zur Identifizierung mit dem Sozialismus wurden untergraben.

Dazu kamen internationale Faktoren. Die linke und Arbeiter-Bewegung in den imperialistischen Ländern konnte die Modernisierung des Kapitalismus zu Lasten erheblicher Teile der Arbeiterklasse und der 3. Welt nur unwesentlich beeinflussen. Trotz unterschiedlicher Konzeptionen verloren die Kommunisten in den meisten hochentwickelten kapitalistischen Ländern an Einfluss. Das Kräfteverhältnis und somit die äußeren Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Sozialismus konnten von der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern nicht ausreichend zugunsten des Sozialismus verändert werden.

Weiter wie bisher ab Zeile 717:

Die Niederlage des Sozialismus ist zugleich das Ergebnis der äußeren und inneren Konterrevolution. Von der Intervention der 14 imperialistischen Staaten gegen die junge Sowjetmacht und der Aggression Hitlerdeutschlands über die Embargopolitik und das kräftezehrende Wettrüsten während des kalten Krieges, bis zur konterrevolutionären Strategie des „Wandels durch Annäherung“, haben die imperialistischen Mächte nichts unversucht gelassen um den Sozialismus zu destabilisieren und zu zerstören. Endgültig wurde der Weg für die Niederlage des realen Sozialismus in Europa frei, als unter inneren und äußeren Einflüssen revisionistische Kräfte in der KPdSU und regierenden Parteien anderer sozialistischer Staaten die Oberhand gewannen.

Antragsteller: BG Siemens

A11

DKP und Gewerkschaften

Im Absatz 1) 1. Satz ersetzen durch

Den Gewerkschaften kommt für die Organisierung der Arbeiterklasse und das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen eine Schlüsselrolle zu.

Im Absatz 3) 1. Satz ersetzen durch

Solange es die DDR gab, hatte sie als „unsichtbarer Verhandlungspartner“, für die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter im Klassenkampf eine unterstützende Funktion.

Absatz 5) und 6) ganz ersetzen durch:

Doch auch innerhalb der Gewerkschaften bestehen Gefahren für eine konsequente Interessenpolitik durch die Vertreter der Klassenzusammenarbeit, des Reformismus, was sich heute z.B. in der Form des Standortdenkens zeigt. Insbesondere die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen und Betriebsratsvorsitzende der großen Konzerne, lassen sich vielfach davon leiten. Sie gingen und gehen aktiv gegen klassenkämpferische Kräfte in den Gewerkschaften vor bis hin zu zahlreichen Gewerkschaftsausschlüssen.

Für Brocken von den Profiten des Kapitals und/oder ein Zipfelchen Macht bei der Mitgestaltung der Betriebsgeschäfte (Co-Management) geben diese verbürgerlichten Gewerkschaftsvertreter die grundlegenden Interessen der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter preis. Dieser Opportunismus ist das Haupthemmnis für eine konsequente Vertretung der Klasseninteressen durch die Gewerkschaften.

Jedes Mitglied der DKP ist aufgefordert, entsprechend seiner Möglichkeiten aktives Mitglied der Gewerkschaften zu sein. Die Mitglieder der DKP setzen sich dafür ein, dass die Gewerkschaften an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Forderungen entwickeln und konsequent durchsetzen.

Die Aufgabe der DKP und aller fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen ist es, in und mit den Gewerkschaften die Einheit der Klasse herzustellen – gegen Standortdenken und Sozialpartnerschaft, für einen unbeirrten Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse statt Unterordnung unter die Interessen des Kapitals. Dazu müssen wir einerseits gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer vorgehen, andererseits aber die Kolleginnen und Kollegen, die dieser Illusion anhängen, in sachlicher, geduldiger Überzeugungsarbeit gewinnen. So allein können trotz der Massenerwerbslosigkeit die Kampfbedingungen verbessert werden. Die Gewerkschaften müssen wieder Kampforganisationen der Arbeiterklasse werden.

Die DKP weist auf den unüberbrückbaren Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Ausbeutern und Ausgebeuteten, hin, was die Grundlage für einen entschlossenen ökonomischen und politischen Kampf ist. Nur auf diesem Weg kann die Arbeiterklasse auch wieder an den Kampf für das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft herangeführt werden. Gewerkschaften, die die Herrschaft des Kapitals für unabänderlich halten, werden auch den täglichen Verteidigungskampf nicht in der notwendigen Weise führen können und wollen..

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ (Marx)

Begründung:

Es handelt sich nicht nur um Widersprüche und Inkonsistenzen innerhalb der Gewerkschaften und besonders ihrer Führung, sondern um eine konsequente bürgerliche Linie, die vor dem Angriff des Kapitals kapituliert und die zahlreichen Niederlagen im Klassenkampf auch noch als Erfolge verkauft und damit die Arbeiterklasse verwirrt.

Antragsteller: Betriebsaktiv

A12

Der historische Weg der Kommunisten

Zeile 1109

„Es ist die Aufgabe der Kommunisten, diese historischen Erfahrungen nicht verloren gehen zu lassen, wenn sie sich nun unter neuen Bedingungen eine sozialistische Gesellschaft als Ziel setzen.“

die anschließenden Zeilen 1112 – 1113

„Wir sind uns dabei bewusst, dass auf diesem Weg Widersprüche auftraten, Deformationen entstanden und Unrecht geschah. Dies gilt es in Zukunft zu verhindern.“

streichen und ersetzen durch:

Auch in diesem Zusammenhang verteidigen wir die Legitimität unserer Bewegung, die Millionen von Menschen inspiriert und ihnen soziale Sicherheit gebracht hat. Wir halten die Erinnerung an diese Kämpfe, an die Opfer und Leiden wach. Aber wir tun dies in rückhaltloser Auseinandersetzung mit undemokratischen Praktiken und Verbrechen des Stalinismus, einer undemokratischen, machtorientierten, hoch zentralisierten Gesellschaftsverfassung innerhalb der allgemeinen sozialistischen Grundordnung. Sie stehen im absoluten Widerspruch zu sozialistischen und kommunistischen Idealen und haben dem Sozialismus schweren Schaden zugefügt haben.

Uns Kommunistinnen und Kommunisten der DKP geht es um die kritische Überprüfung unseres eigenen Denkens und Handelns, um nachstalinistische Denkweisen und Parteistrukturen zu überwinden. Es geht uns darum, daran zu arbeiten, wie heute eine kommunistische Partei aussehen muss, die den revolutionären Kampf führt und mit der Arbeiterklasse und allen dazu bereiten Bündnispartnern eine neue Gesellschaft aufbauen will.

Antragsteller: BG Siemens

A13

Die weltanschaulichen Grundlagen kommunistischer Politik und Organisation

Zeilen 1148 – 1150

Sie kämpft für die freie Verbreitung der Weltanschauung der Kommunisten, des Marxismus-Leninismus, die eine lebendige Wissenschaft und kein Dogma ist.

ändern in

Sie kämpft für die freie Verbreitung der durch Marx, Engels und Lenin begründeten wissenschaftlichen Weltanschauung. Die von Marx, Engels und Lenin begründete Theorie ist nichts Abgeschlossenes und kein Dogma, sondern muss ständig nach allen Richtungen weiterentwickelt werden, damit sie nicht hinter dem Leben zurückbleibt.

Begründung

Mit dem Begriff „Marxismus-Leninismus,“ verbindet sich die unter Stalin begonnene Dogmatisierung, Vereinfachung und Verfälschung der marxistischen Theorie. Dies kann auch durch den Zusatz, dass er „eine lebendige Wissenschaft und kein Dogma,“ ist, nicht aus der Welt geschaffen werden.

Antragsteller: BG Siemens

Kreismitgliederversammlung der DKP München am 17.12.2005

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Kreisorganisation München.
2. Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
3. Die Redezeit beträgt 10 Minuten. Rederecht haben alle Mitglieder der Kreisorganisation München. Die Versammlungsleitung kann Gästen das Wort erteilen.
4. Die Redeliste wird quotiert geführt. Die Redner/innen erhalten das Wort in der Reihenfolge ihrer Meldung.
5. Die Versammlungsleitung kann außerhalb der Reihenfolge Erklärungen abgeben.
6. Anträge müssen zum Antragsschluss (Mo., 5.12.2005) schriftlich eingereicht werden.
7. Antragsberechtigt sind Grundorganisationen, Kreisvorstand, Kreisrevisionskommission (Statut, Artikel 6).
8. Initiativanträge können von jedem teilnehmenden Mitglied der Kreisorganisation zu Themen gestellt werden, die zum Zeitpunkt des Antragsschlusses noch nicht bekannt waren.
9. Geschäftsordnungsanträge werden außerhalb der Reihe behandelt. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Nach einer Gegenrede wird über den Antrag abgestimmt.
10. Die Versammlungsleitung benennt einen Schriftführer.

Vorschlag zum Zeitplan

- 10.00 Konstituierung
 - a) Wahl der Versammlungsleitung
 - b) Beschlussfassung über Geschäftsordnung und Zeitplan
 - c) Wahl der Antragskommission und des Schriftführers
- 10.30 Diskussion und Beschlussfassung zu den Anträgen
- 13.00 Pause
- 13.45 Diskussion und Beschlussfassung zu den Anträgen
- 16.00 Schlusswort